



P R E S S E M I T T E I L U N G

Brauer-Bund dringt auf Frackingverbot

Nach dem Beschluss der Umweltministerkonferenz in Konstanz müssen die Wirtschaftsminister von Bund und Länder nun handeln

Berlin, 13. Mai 2014. Der Deutsche Brauer-Bund (DBB) hat an die Wirtschaftsminister von Bund und Ländern appelliert, die umstrittene Fracking-Technologie zur Schiefergas-Gewinnung in Deutschland nicht zuzulassen. „Wir fordern gesetzliche Regelungen, die den umfassenden Schutz aller Trinkwasservorkommen, auch derjenigen zur Gewinnung von Brauwasser, vor den Risiken des Frackings sicherstellen. Bund und Länder müssen dafür Sorge tragen, dass der Umwelt- und Naturschutz Vorrang hat vor den wirtschaftlichen Interessen einzelner Energiekonzerne“, erklärte der Hauptgeschäftsführer des DBB, Holger Eichele, am Dienstag in Berlin.

Der Brauer-Bund begrüßte in seiner Erklärung das Ergebnis der Umweltministerkonferenz (UMK) in Konstanz, wo sich die Umweltminister von Bund und Ländern Ende vergangener Woche einstimmig gegen die Gasförderung mittels Fracking ausgesprochen hatten. Zur Verhinderung von Fracking soll nach dem Willen der Umweltminister künftig eine verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfung im Bergrecht verankert werden. Außerdem soll nach den Worten von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks das Wasserhaushaltsgesetz so geändert werden, dass bundesweit große Wasserschutzzonen entstehen, in denen es grundsätzlich kein Fracking geben darf – darunter sollen neben Trinkwasserspeichern, Talsperren und Naturschutzgebieten auch Brunnen von Brauereien sowie private Mineralquellen fallen.

Nach dem jüngsten Beschluss der Umweltminister werden sich nun die Wirtschaftsminister mit Regelungen für die Förderung unkonventioneller Gasvor-

kommen mit Fracking befassen. Der DBB fordert, dass die Wirtschaftsminister von Bund und Ländern bereits bei ihrer nächsten Konferenz am 4./5. Juni 2014 „ein klares Signal der Zustimmung geben für die überfällige Modernisierung des Bergrechts und einen umfassenden Schutz aller Trinkwasservorkommen in Deutschland“, so Eichele. Die Wirtschaftsminister müssten anerkennen, dass die Umweltrisiken von Fracking erheblich seien und „es bei der Sicherheit der Trinkwasserversorgung in Deutschland keine Kompromisse geben darf“.

Weitere Informationen unter www.brauer-bund.de

2298 Zeichen • 333 Wörter

Diese Pressemeldung steht zum Download für Sie im Internet bereit unter www.brauer-bund.de/presse.html

Pressekontakt:

Marc-Oliver Huhnholz

Pressesprecher

Die deutschen Brauer

Tel.: 030/209167-16

E-Mail: huhnholz@brauer-bund.de



Folgen Sie uns auf Twitter: Deutscher BrauerBund @germanbrewers